

Antrag
Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
02.09.2020 BVV

BVV/034/VIII

Betreff: BVV Pankow spricht sich für den Inklusionssportpark aus

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Pankow befürwortet und unterstützt den Umbau des Friedrich-Ludwig-Jahn Sportparks zu einem Inklusionssportpark mit dem Neubau eines auf dem Gelände integrierten inklusiven Stadions.

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, gegenüber den beteiligten Senatsverwaltungen die folgenden Punkte zur Umsetzung des Projektes Inklusionssportpark zu vertreten:

- Umbau des Jahnsportparks als Inklusionssportpark
- Ersatzneubau des Stadions als inklusives Stadion
- Errichtung von Inklusionssporthallen
- Erhaltung und Ausbau der Sportflächen für Schulen und Sportvereine
- Erhaltung öffentlicher Sportflächen für den vereinsungebundenen Sport
- Erhaltung einer öffentlich zugänglichen Nord-Süd-Fußgängerdurchquerung auf dem Gelände
- Erhaltung des Hangs im Mauerpark, inklusive der denkmalgeschützten Hinterlandmauer
- Klimaschonende Bauweise aller Neubauten

Berlin, den 26.08.2020

Einreicher: Fraktion der SPD
Gregor Kijora, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss
für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Um den Umbau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks ranken viele Erzählungen und Behauptungen. Diese führen zu einer Verunsicherung aller beteiligten Gruppen von Nutzenden.

Der Bezirk Pankow steht zu dem Leuchtturmprojekt Inklusionssportpark und freut sich diesen im eigenen Bezirk beherbergen zu dürfen.

Um Klarheit über mögliche Auswirkungen des Projektes herzustellen und Befürchtungen entgegenzutreten, spricht sich die BVV für die Umsetzung des Projektes unter Umsetzung der genannten Punkte aus und fordert das Bezirksamt auf diese gegenüber dem Senat zu vertreten.